

# 3.63 Jugend beteiligen!

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2011

### **Präambel**

Aus der Perspektive von jungen Menschen möchte der BDKJ einen Beitrag zur Debatte um die Ausgestaltung einer eigenständigen Jugendpolitik leisten. Zentraler Ansatzpunkt des BDKJ ist dabei die Forderung nach einer konsequenten Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen. Dies muss Kernbestandteil einer eigenständigen Jugendpolitik sein, deren Etablierung der BDKJ seit langem fordert. Unter Beteiligung verstehen wir alle Maßnahmen, die Jugendlichen ein ernsthaftes Mitspracherecht sowie reale Gestaltungsmöglichkeiten einräumen. Diese sind klar von Befähigungsprojekten zu unterscheiden, in denen Jugendliche Politik und Demokratie lediglich üben können.

Im Sinne der Ausgestaltung einer eigenständigen Jugendpolitik beziehen wir uns im Weiteren explizit auf die Forcierung der politischen Beteiligung von Jugendlichen, ohne dabei Kindern das Recht und die Fähigkeit zur stärkeren politischen Beteiligung absprechen zu wollen.

### **Die herausgeforderte Demokratie**

#### **Wandel hin zur BürgerInnengesellschaft**

Unsere Demokratie steht heute vor neuen Herausforderungen. Den vom Akzeptanzverlust betroffenen etablierten politischen Parteien steht eine neue Bewegung engagierter Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Sie fordern mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ein und beweisen das mit bundesweiter Wirkung: Durch vielfältige Protestaktionen und in zunehmenden Maße vernetzt über das Internet. Gerade bei jungen Menschen besteht großes Interesse, sich an solchen politischen Aktionen zu beteiligen, wohingegen die Bereitschaft, sich in einer politischen Partei zu engagieren, weiterhin sehr gering bleibt.

Demokratie verpflichtet und wir sind herausgefordert, Chancen, Risiken und neue Entwicklungen zu erkennen und zu prüfen, wie

demokratische Beteiligungsinstrumente sich weiterentwickeln lassen und ggf. müssen.

Das Konzept der „BürgerInnengesellschaft“ kann nur funktionieren, wenn es Jugendliche als Teil dieser Gesellschaft begreift. Ziel muss es sein, die Engagementpotenziale und den Gestaltungswillen der jungen Generation aufzugreifen und zu unterstützen und gesamtgesellschaftlich zu fördern.

### **Generationengerechte Beteiligung**

Wir leben in einer alternden Gesellschaft. In wenigen Jahren werden Rentnerinnen und Rentner die größte Gruppe der Wahlberechtigten stellen. Im Kontext des demografischen Wandels wird bereits heute vielerorts über die Konsequenzen, beispielsweise für die kommunale soziale Infrastruktur diskutiert. Es ist davon auszugehen, dass bei knapper werdenden finanziellen Mitteln, Konflikte zwischen den Generationen zunehmen werden. Im Kontext der Generationengerechtigkeit kann es damit nicht nur um Fragen der Sozial-, Umwelt- und Finanzpolitik gehen. Vielmehr muss unter diesem Gesichtspunkt auch neu die Frage gestellt werden, welche Chancen die unterschiedlichen Generationen haben, ihre spezifischen Bedürfnisse in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen. Es ist somit auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit, die Frage nach den Beteiligungschancen Jugendlicher erneut in den Mittelpunkt zu stellen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Deutungshoheit über die Interessen von Jugendlichen durch die Politik unzureichend gewährleistet wird, da sie immer aus der Perspektive der (erwachsenen) Gesellschaft und ihrer Ansprüche an die Jugend gestaltet wird. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft beruhen diese Entwicklungen nach Einschätzung des BDKJ auf einem einseitigen staatlichen Verwertungsinteresse im Sinne einer schnellen

Heranführung junger Menschen an den Arbeitsmarkt. Jugendliche werden zunehmend zu Objekten staatlicher und wirtschaftlicher Interessenspolitik. Ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse, beispielsweise nach örtlichen und zeitlichen Freiräumen im Alltag, nach Persönlichkeitsentwicklung, Selbstentfaltung und Identitätsentwicklung werden nicht berücksichtigt. Beispielhaft sei hier auf die zeitliche Verdichtung in Folge der Verkürzung des Gymnasiums auf 8 Schuljahre und die Umstrukturierung der deutschen Hochschullandschaft im Kontext des Bologna-Prozess (konterkariert durch die Einrichtung eines Bundesfreiwilligendienstes) verwiesen. Ähnliche Probleme werden beim massiven Ausbau der Ganztagschulen deutlich, die die Freiräume für Jugendliche außerhalb der Schule deutlich verengen.

### **Jugendbeteiligung ernst nehmen!**

Als BDKJ fordern wir die rasche und ernsthafte Ausweitung echter Beteiligungsmöglichkeiten besonders für unter 18-jährige, den uneingeschränkten Zugang Jugendlicher zu realen demokratischen Instrumenten und das Ernstnehmen Jugendlicher als politisch handelnde Personen in unserer Gesellschaft.

In unserer Arbeit erleben wir: Politische Partizipation gelingt, wenn Befähigung und Beteiligung eng aufeinander abgestimmt sind. Unter Befähigung verstehen wir alle Angebote, in denen Jugendliche Politik üben können, wie etwa die U18-Wahl oder politische Rollenspiele.

Beteiligung dagegen impliziert die Möglichkeit, aktiv an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen mitzuarbeiten. Diese beiden Formen müssen voneinander unterschieden werden: Reine Befähigungsangebote dürfen nicht als Beteiligung etikettiert werden. Gerade bei Beteiligungsangeboten muss für Jugendliche von Anfang an Klarheit über die Rollenverteilung und Entscheidungsspielräume herrschen: Geht es um Mitsprache, Mitbestimmung oder Selbstbestimmung?

Im Themenfeld Jugendbeteiligung geht es (uns) nicht darum, Jugendlichen eigene Räume zu eröffnen, in denen sie losgelöst vom realen politischen Geschehen „parlamentarische

Demokratie“ spielen dürfen. Es braucht geeignete Formen, die echte Beteiligung ermöglichen. Jugendliche müssen sich selbst vertreten können oder selbst bestimmen, wer sie vertreten soll. Wir fordern daher eine stärkere direkte Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungen, die sie betreffen.

Beteiligungsprozesse sind ergebnisoffen zu gestalten. Es darf dabei nicht darum gehen, ein „Einverständnis“ der Jugendlichen einzuholen, sondern diese wirklich zu beteiligen. Wir fordern daher langfristige und nachhaltige Maßnahmen zur Jugendbeteiligung, die echte und freie Entscheidungen junger Menschen ermöglichen. Die Umsetzung der Ergebnisse muss zeitnah erfolgen und die Jugendliche müssen darüber informiert werden.

### **Handlungsfelder:**

#### **Absenkung des Wahlalters**

Um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu stärken ist es nicht ausschließlich, aber entscheidend notwendig, das Wahlrecht als Instrument der höchstpersönlichen Mitbestimmung weiterzuentwickeln. Nach unserer Auffassung gibt es keine schlüssigen Argumente, die einer Senkung des Wahlalters widersprechen würden. Eine historisch gewachsene Gegebenheit, durch die das Wahlrecht mit einer Altersgrenze begründet wird, überzeugt nicht. Genauso wenig sind entwicklungspsychologische oder pädagogische Argumente ernsthaft tragbar.

Eine Senkung des Wahlalters hat folgende positive Aspekte: Wenn Jugendliche mitbestimmen, sind Entscheidungen zukunftsgerichtet und nachhaltiger. Politikerinnen und Politiker werden jungen Menschen rechenschaftspflichtig.

Parteiprogramme werden an einer größeren Zielgruppe ausgerichtet. Parteien begreifen in ihren Wahlprogrammen Jugendliche nicht als Objekte, sondern als direkt angesprochene potentielle Wählerinnen und Wähler. Darüber hinaus sprechen die ausgeführten Aspekte einer generationengerechten Beteiligung klar für die Senkung des Wahlalters: Zukünftige Generationen werden mit den Auswirkungen von Entscheidungen umgehen müssen, die heute getroffen werden. Umso wichtiger ist es, heutige Jugendliche so früh

wie möglich aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden.

### Forderungen

- Daher fordern wir erneut die Absenkung des Wahlalters für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen auf 14 Jahre.
- In Anlehnung an den Beschluss 3.45 „Integration durch Teilhabe“ der BDKJ Hauptversammlung 2007 fordern wir für Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die seit mindestens zwei Jahren in Deutschland leben, das aktive Wahlrecht ab 14 Jahren auf kommunaler Ebene.
- Um unsere Forderungen umsetzen zu können, ist eine politische Bildung zum frühestmöglichen Zeitpunkt notwendig. Diese sieht eine Vermittlung von politischen Strukturen und einem fundierten demokratischen Grundverständnis vor.

### Jugendbeteiligung in der Kommune

Gerade auf der kommunalen Ebene werden viele Entscheidungen gefällt, die sich konkret auf das Leben von Jugendlichen auswirken. Jungen Menschen mangelt es nicht am grundsätzlichen Verständnis der kommunalpolitischen Prozesse. Probleme sind u.a. die nicht jugendgerechte Sprache, die traditionellen Abläufe und Strukturen kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse sowie die fehlende Bereitschaft Macht abzugeben. Bereits jetzt bestehende Rechte, wie die Beteiligung an der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, werden in vielen Kommunen nicht beachtet.

### Forderungen

- Alle Jugendlichen müssen auf örtlicher Ebene stärker an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Bereits bestehende funktionierende und partizipativ organisierte Jugendbeteiligungsstrukturen (verbandlich und kommunal) sind federführend in der Konzepterstellung, z.B. angebunden an Jugendringstrukturen
- Dazu müssen in allen Kommunen sinnvolle und passende Konzepte erarbeitet werden, welche

genügend zeitliche, personelle, finanzielle und strukturelle Ressourcen vorsehen.

- Dabei müssen den unterschiedlichen Milieus entsprechend ihrer jugendkulturellen Eigenarten spezifische Artikulationsweisen und Diskursforen zur Verfügung gestellt werden, dies gilt auch für jugendliche Migrantinnen und Migranten.

Grundlage dieses Modells ist, dass die Jugendlichen in die realen Entscheidungsprozesse der Kommune angemessen einbezogen werden ebenso wie in die Mitverantwortung für die Umsetzung der Entscheidungen. Eine alle Seiten frustrierende „Wünsch-dir-was-Beteiligung“ muss vermieden werden. Daneben ist darauf zu achten, dass in kommunale Prozesse der Bürgerbeteiligung Jugendliche in angemessener Weise einbezogen werden.

### Ausbau der politischen Bildung im Jugendbereich

Grundlage jeder echten Beteiligung ist neben einem reinen Faktenwissen das Verstehen von Zusammenhängen, Strukturen und Abläufen. Politische Bildung schafft ein Problembewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge, vermittelt Kompetenzen, stärkt damit letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht es so, demokratische Verantwortung wahrzunehmen. Sie ist die Grundlage und Voraussetzung für jede Form von Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung der Bildungsarmut den Kampf angesagt. Von einer „Bildungsrepublik Deutschland“ ist die Rede, in der Bildung ein Bürgerrecht sei. Deshalb sollten Bildung und Forschung – so hat es seit Beginn der Legislaturperiode immer wieder geheißen – von den Haushaltskürzungen ausgenommen sein. Für die politische Bildung scheint dies nicht zu gelten. Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht in den kommenden Jahren massive Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vor. Vorgesehen sind Einsparungen für 2011 in Höhe von 1,55 Millionen EUR, für 2012 in Höhe von 5,053 Millionen EUR, für 2013 in Höhe von 4,8 Millionen EUR und für 2014 in Höhe von 4,8 Millionen EUR.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf das Anliegen ihres Koalitionsvertrages zu besinnen und in (politische) Bildung zu investieren, statt hier Kürzungen vorzunehmen. Sie könnte sich dabei an der Landesregierung NRW orientieren, die jüngst beschlossen hat, die Mittel der Landeszentrale für politische Bildung um 27 % auf 2,76 Millionen Euro aufzustocken.

### **Demokratische Mitbestimmung an Schulen, Universitäten und in Betrieben**

Schülerinnen und Schüler haben kein echtes Recht auf Mitbestimmung. Darüber hinaus beobachten wir ein Machtgefälle zwischen Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern.

An den Universitäten und Hochschulen gibt es gerade in Zeiten von Reformen sehr wenig echte Mitbestimmungsstrukturen für Studierende. Sie sind nicht durchgehend an der Entwicklung, Durchführung und Bewertung neuer Studiengänge und Veranstaltungsformate beteiligt. Nur durch dauerhafte Mitbestimmung, Beratung und Beteiligung von Studierenden können Studiengänge studierbar bleiben.

Vorbild für Schule und Hochschule könnten die betrieblichen Mitbestimmungsrechte von jungen Menschen sein. Mit der

Jugendauszubildendenvertretung (JAV) existiert ein bewährtes Instrument, das jungen Beschäftigten in Zusammenarbeit mit Betriebsräten die Mitsprache bei allen sie betreffenden Entscheidungen sichert.

### **Forderungen**

- Wir fordern: Alle Schülerinnen und Schüler müssen an allen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt sein.
- Wir fordern an Universitäten und Hochschulen Strukturen, in denen Studierende gleichberechtigt mitbestimmen können.
- Der BDKJ setzt sich dafür ein, dass die Schutzrechte für Vertreterinnen und Vertreter der JAV unbedingt erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.

### **Echte Beteiligung braucht Beteiligungsstandards**

Beteiligungsstandards sind notwendig, um eine echte Beteiligung mit realen Gestaltungsmöglichkeiten und Mitspracherechten zu etablieren. Viel zu oft wird Maßnahmen, Projekten und Veranstaltungen der Stempel „Beteiligung“ aufgedrückt, obwohl die Ansichten der Jugendlichen nicht ernst genommen werden und keine realen Konsequenzen daraus gezogen werden.

Deshalb fordern wir:

- Keine Schein-Beteiligung, dies impliziert echte Gestaltungsmöglichkeiten und tatsächliche Entscheidungsbefugnis,
- langfristige, verlässliche und nachhaltige Beteiligungsformen,
- Beteiligung von Jugendlichen nicht nur an Themen, welche sie mutmaßlich interessieren bzw. betreffen könnten: Jugendliche sollen in allen Themenbereichen, z.B. auch bei finanziellen Fragen, juristischen Überlegungen etc. mitbestimmen können,
- Vielfältigkeit in den Beteiligungsformen, d.h. Beachtung milieu-, geschlechter-, alters- und kultursensibler Ansätze,
- angemessene finanzielle und personelle Ausstattung für die Umsetzung von Beteiligungsformen,
- Beteiligung von Anfang an, d.h. Beteiligung von Jugendlichen und bestehenden Jugendbeteiligungsstrukturen schon bei der Entwicklung von Beteiligungsprozessen,
- zeitnahe Information und Transparenz über Weiterarbeit und Umsetzung der Ergebnisse von Beteiligungsprojekten,
- jugendgerechte Zugänge zu Informationen und jugendgerechte Aufbereitung von Informationen,
- Bereitstellung von Informations- und Fortbildungsangeboten zu den Rechten der Partizipation und Teilhabe für Eltern, Lehrer und Lehrerinnen, Erzieher und Erzieherinnen, Pädagogen und Pädagoginnen, Politiker und Politikerinnen etc.
- Entscheidungen in Beteiligungsprozessen werden von gewählten Jugendlichen getroffen.

Als Selbstorganisation von jungen Menschen sind Jugendverbände Orte gelebter Demokratie.

Gemäß §12 SGB VIII wird die Arbeit der katholischen Jugendverbände auf verschiedenen verbandlichen Ebenen „von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinsam gestaltet und mitverantwortet.“ Gleichzeitig werden, demokratisch legitimiert und organisiert, „die Anliegen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten.“

Aus der Perspektive von jungen Menschen möchte der BDKJ einen Beitrag leisten und vor allem auch in den Mitgliedsverbänden das politische Engagement stärken. Dieses Potential wollen wir als BDKJ nutzen und es als zentralen Ansatzpunkt nehmen, eine konsequente Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen zu fördern.

Die Jugendverbände im BDKJ verfügen über hohe Methodenkompetenz und einen reichen Erfahrungsschatz, wenn es darum geht, die Wünsche und Anliegen von Kindern und Jugendlichen wahr zu nehmen und ihre Entscheidungen ernst zu nehmen und zu transportieren. Wir erleben Kinder und Jugendliche als politisch interessiert und motiviert Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu fällen und politisch mitzumischen. Dies lernen und leben sie in unseren Strukturen, etwa in Ferienfreizeiten, Versammlungen oder Konferenzen und in vielen anderen verbandlichen Aktionen und Veranstaltungen. Durch die Selbstorganisation von jungen Menschen sind Jugendverbände Orte gelebter Demokratie. Gleichzeitig fühlen wir uns verpflichtet, unsere Strukturen und Beteiligungsformen ständig weiterzuentwickeln.

Als BDKJ mit seinen Mitgliedsverbänden, Gliederungen und Jugendorganisationen und Untergliederungen möchten wir uns mit unseren Erfahrungen und unserer Fachexpertise in die Weiterentwicklung der Beteiligung von Jugendlichen in Politik und Gesellschaft einbringen.